

Der Gesprächsprozess der Deutschen Bischofskonferenz

Drama oder Tragödie in fünf Akten?

Für fünf Jahre war der Dialogprozess zur Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland angesetzt. Fünf Jahre lang haben sich Bischöfe, Priester, Ordensleute und Laien jährlich getroffen, um über Reformen für die katholische Kirche zu diskutieren und zu beraten. Nun liegt der 30-seitige Abschlussbericht vor. **VON GERHARD KRUIP UND LUISA FISCHER**

Der von der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) initiierte Gesprächsprozess ist am 11. und 12. September 2015 in Würzburg mit dem fünften Treffen zu Ende gegangen. Der Schlusspunkt, so heißt es immer wieder, sei aber zugleich ein Doppelpunkt. Denn der Dialog muss fortgesetzt werden – und das intensiver, argumentativer und ergebnisorientierter als bisher. Die Probleme sind nämlich keineswegs gelöst, auch wenn sich die Gesprächsatmosphäre innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland und das Vertrauen zueinander verbessert haben. Um weiterzukommen, muss nun die Angst vor argumentativen Auseinandersetzungen überwunden werden – und vor allem müssen die Bischöfe bereit sein, für ihre Überzeugungen einzustehen, selbst wenn dies zum Streit unter ihnen und zu Konflikten mit Rom führt.

Im September 2010 hatte Erzbischof Robert Zollitsch in einer von wachsendem Reformstau, zunehmendem Glaubwürdigkeitsverlust und nicht zuletzt durch einen Missbrauchsskandal unfassbaren Ausmaßes „verbeulten“ katholischen Kirche seine Mitbrüder dazu aufgerufen, einen innerkirchlichen Gesprächsprozess zu initiieren: „Wichtig ist der Austausch über Hintergründe und Argumente für verschiedene Positionen.

Wir müssen darüber reden, warum wir die Dinge so sehen, wie wir es tun. Und wir müssen verstehen, warum andere in derselben Sache zu anderen Positionen kommen. Nur so können wir die richtigen und in die Zukunftweisenden Antworten finden, die wir schuldig sind“.

Zukunftsbilder der Katholischen Kirche?

Dabei griff er die von zahlreichen Katholiken und Katholikinnen sowie Theologen und Theologinnen immer wieder geäußerten Forderungen nach „Dialog statt Dialogverweigerung“ (ZdK-Papier, 1991) und nach einem „notwendigen Aufbruch“ auf. Dass vonseiten anderer Bischöfe, der römischen Kurie sowie des damaligen Papstes die Notwendigkeit zu einem solchen Dialog und erst recht zu strukturellen Veränderungen in der Kirche eher zurückgewiesen wurde, zeigte sich an der meist polemischen Ablehnung und fehlenden argumentativen Auseinandersetzung mit dem 2011 veröffentlichten Memorandum, an der Freiburger Rede von *Benedikt XVI.* im September 2011 oder den Äußerungen einiger Bischöfe, die gerade die Grenzen eines Dialogs betonten.

So waren die Befürchtungen vor dem ersten Gesprächsforum in Mannheim

2011 groß: Sind die Bischöfe wirklich zu einem „echten“ Dialog bereit? Ist ein Gespräch auf Augenhöhe zwischen Bischöfen und den anderen Teilen des Volkes Gottes überhaupt möglich? Dürfen alle brennenden Themen, wie etwa homosexuelle Lebenspartnerschaften, Wiederheirat nach Scheidung und Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche angesprochen werden? Bleibt am Ende nicht doch wieder alles Reden folgenlos? Auf diesem Treffen schien sich dann ein vielversprechender Aufbruch zu vollziehen. Manche sprachen gar euphorisch von einer neuen Möglichkeit des Austauschs. Hoffnungen und Befürchtungen wurden offen zum Ausdruck gebracht. In Zukunftsbildern von der katholischen Kirche im Jahr 2015 brachten die Teilnehmenden wichtige und zentrale Anliegen zum Ausdruck. Diese entsprachen größtenteils den Forderungen aus dem Memorandum 2011.

Nach und nach verstärkte sich jedoch die Einsicht: Ein gutes Gespräch alleine ist nicht ausreichend. Es braucht die gemeinsame Suche nach Wahrheiten, das Ringen um Antworten auf die existenziellen Fragen, verbindliche Vereinbarungen und nachhaltige (auch strukturelle) Veränderungen – und das alles im Sinne der Wahrnehmung des gemein-

samen Priestertums von Klerikern und Laien für die Zukunft einer Kirche und ihrer Gläubigen, die im Heute glauben möchten. Die Gesprächsforen in Hannover (2012), Stuttgart (2013) und Magdeburg (2014) konnten dies leider ebenfalls kaum leisten. Auch wenn diese Foren sicherlich nicht folgenlos geblieben sind, ist man doch noch weit von einem „echten“ Dialog auf Augenhöhe entfernt gewesen.

In Magdeburg 2014 erreichte die Kritik ihren Höhepunkt: Von einer „Individualisierung“ und „Entpolitisierung“ der Themen ist die Rede gewesen. Denn auch in Magdeburg blieb es bei einem Austausch individueller Ansichten, unverbindlichen Gedankenspielen in Kleingruppen und persönlichen Selbstverpflichtungen. Um eine gemeinsame (Handlungs-)Perspektive wurde abermals nicht gerungen. So wurde auf diesem Treffen auch die Forderung nach einer Synode mit verbindlichen Ergebnissen lauter.

Neue Herangehensweise in Würzburg

Beim letzten Treffen in Würzburg – so viel ist allen Beteiligten klar gewesen – durfte es nicht abermals beim Sammeln von Themen und Meinungen bleiben. Die Kritik führte dazu, dass eine aus Bischöfen beziehungsweise dem Sekretariat der DBK und aus Vertretern und Vertreterinnen anderer Gruppierungen wie der Diözesen, des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und der katholisch-theologischen Fakultäten bestehende Vorbereitungsgruppe die Arbeitsweise veränderte. So wurde allen Teilnehmenden rechtzeitig vor dem Treffen Anfang Juli ein 26-seitiger Entwurf des Abschlussberichts, über den in Würzburg beraten werden sollte, zugesandt.

Die in deskriptivem Stil verfasste Vorlage, die neben einer Würdigung des Prozesses auch bemüht war, die Kontroversen um einige Themen zu benennen, bestand aus drei Teilen: „Teil I: Der überdiözesane Gesprächsprozess: ein Beitrag zur Erneuerung der Kirche in Deutschland“, „Teil II: Grundlagen und Leitgedanken einer kirchlichen Erneuerung“, worunter die vier Optionen *Communio*, *Compassio*, *Communio* und *Participatio* gefasst wurden, sowie dem besonders wichtigen „Teil

III: Bausteine und Anregungen für eine Reform des kirchlichen Lebens“.

Bis Ende Juli hatten die Teilnehmenden Zeit, Veränderungsvorschläge zu machen. Insgesamt sind rund 450 Modi eingegangen, entweder formuliert von Einzelpersonen oder Delegiertengruppen. Einer sechs-köpfigen Redaktionsgruppe oblag die Bearbeitung der Modi. Zwei Wochen vor dem Würzburger Treffen wurde allen Teilnehmenden ein überarbeiteter Entwurf sowie ein sehr transparenter Modi-Spiegel aller eingegangenen Vorschläge zur Verfügung gestellt, der auch die jeweiligen Redaktionsentscheide (angenommen, abgelehnt oder in Neuformulierung aufgegriffen) mit einer kurzen Begründung enthielt.

Die Änderungsanträge waren unterschiedlichster Art: Neben Hinweisen auf begriffliche Unklarheiten, der Bitte um inklusivere Formulierungen sowie der Kritik an der Bischofszentriertheit bei der Auswahl von Zitaten, wurden auch inhaltliche Änderungen und Ergänzungen angemahnt. Diese betrafen vor allem die zu negative Bewertung der Gegenwartskultur und ihres Wertekanons, das Zueinander von Kirche und Welt, die einseitige Betonung auf „Mitleid“ im Abschnitt über die „Compassio“, das Verhältnis von Eucharistie und anderen liturgischen Formen sowie die Bewertung der gewählten Arbeitsformen des Gesprächsprozesses. Schon an den Änderungsanträgen wurde deutlich, wie unterschiedlich die Wahrnehmung des Prozesses gewesen ist. Außerdem erhielten die Teilnehmenden eine vierseitige Übersicht einzelner Textbausteine für eine „perspektivisch-prospektive“ Botschaft der Bischöfe, die beim Würzburger Treffen ebenfalls kommentiert werden konnte, aber als Papier der Bischöfe im Ständigen Rat nach dem Würzburger Treffen verabschiedet werden soll.

Auf dem Treffen selbst berieten die rund 300 Teilnehmenden aus verschiedenen kirchlichen Bereichen beide Dokumente im Plenum. Die Delegierten erhielten nochmals die Möglichkeit, Stellung zu den einzelnen nacheinander aufgerufenen Kapiteln beziehungsweise zu Entscheidungen der Redakti-

onsgruppe über einzelne Modi sowie neu erarbeitete Textformulierungen zu beziehen. Diese Arbeitsweise – im Plenum gemeinsam an einem Text zu arbeiten, Meinungsbilder einzuholen und gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen – war einmalig im Verlauf des Gesprächsprozesses, und so brauchte es etwas Zeit zum Einüben in diese neue Art des Diskurses und der gemeinsamen Abstimmung. Dabei trat auch der Mangel an einer die Diskussion klar und transparent regulierenden Geschäftsordnung deutlich zutage. Am Ende wurde der Bericht mit nur 9 Gegenstimmen angenommen.

Abwehr der offenen Debatte?

Mit der Entscheidung, nicht über inhaltliche Positionen zu diskutieren und abzustimmen, sondern nur einen „Bericht“ über den Prozess vorzulegen, haben die Bischöfe – wie immer wieder im Laufe des Prozesses – wohl versucht zu vermeiden, dass es direkt zu einer offenen Debatte über Fragen der kirchlichen Lehre und der Moral kommen konnte. Auch die Entscheidung, mit der Moderation *Hans Langendörfer*, Jesuit und Sekretär der DBK, zu beauftragen, zeigt, dass die Bischöfe keinesfalls die Kontrolle über diese Debatte verlieren wollten.

In der Diskussion über den Bericht wurden dann eher Argumente eingebracht, die sich darauf bezogen, ob das Thema überhaupt während des Gesprächsprozesses vorgekommen ist, ob bestimmte Positionen wirklich so vertreten worden sind, in welchem (quantitativen) Verhältnis Gegner und Befürworter einer bestimmten Auffassung einander gegenüberstanden und so weiter. Trotzdem war auch diese Debatte teilweise noch sehr kontrovers. Strittig war unter anderem die Frage, wie selbstkritisch die Darstellung der Situation der Kirche ausfallen sollte. Immer wieder gab es einzelne Stimmen, die beispielsweise nicht von „einseitig priester-orientierten Gemeindemodellen“ oder einer „verkrampften“ Kommunikation mit den Medien sprechen wollten. Erfreulicherweise waren es in diesen Fällen oft auch Bischöfe, die meinten, solche Aussagen entsprächen einfach der Realität, die man unvoreingenommen wahrnehmen müsse.

Gerhard Kruij

(geb. 1957) ist Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz.

Eine längere Debatte gab es auch um die Frage, ob Religionslehrer und Religionslehrerinnen, weil sie authentisch sein müssten, auch „eigene Fragen und Zweifel nicht verbergen“ sollten. Die Gegner einer solchen Formulierung meinten, jene sollten frohe Glaubenszeugen sein und auch andere vom Glauben überzeugen und dabei nicht alles in Zweifel ziehen. Überhaupt wurde in der Diskussion des Öfteren die „Freude am Glauben“ gegen Forderungen nach einer Reform der Kirche in Stellung gebracht.

Ein wichtiger Konfliktpunkt war der künftige Umgang mit *Donum Vitae*. Während eine kleine Gruppe das Thema am liebsten gar nicht angesprochen hätte, obwohl es beim Treffen in Hannover eine wichtige Rolle gespielt hatte, vertrat die breite Mehrheit die Auffassung, dass hier wirklich bald eine Lösung für die Überwindung des sogenannten „Unvereinbarkeitsbeschlusses“ vom 20. Juni 2006 gefunden werden müsse. Dank der Intervention einiger Bischöfe, darunter von Kardinal *Reinhard Marx*, wurde die Formulierung des Entwurfs dann sogar noch verschärft. Im Bericht heißt es jetzt: „Deshalb müssen dringend Wege der Versöhnung gefunden werden.“

Thema: Frau und Priestertum

Zu einer besonders kontroversen Debatte kam es an der Textstelle, an der berichtet werden sollte, dass die Möglichkeit der Priesterweihe für Frauen gefordert worden war. Der Antrag, die Begründung für eine solche Forderung in den Bericht aufzunehmen, dass nämlich auch für die Kirche aus gleicher Würde von Mann und Frau gleiche Rechte folgen müssten, wurde abgelehnt. Der Grund dafür war nicht, dass die meisten Teilnehmenden diese Aussage für falsch gehalten hätten, sondern eher der Wunsch, den Text nicht zu verkomplizieren und nicht durch eine solche Aussage die kirchliche Autorität zu sehr zu bedrängen. An dieser Stelle war noch einmal zu spüren, wie sehr sich viele nach wie vor scheuen, im Dialog mit Bischöfen wirklich ihre Überzeugung zu vertreten.

Abgelehnt wurde aber auch der vom Regensburger Bischof *Rudolf Voderholzer*, der zum ersten Mal an einem solchen Treffen teilnahm, massiv eingebrachte Antrag, dieses Thema ganz aus dem Text zu streichen. Er verwies auf die aus seiner Sicht endgültigen Entscheidungen des Lehramts und unterstellte seinen Argumentationsgegnern mindestens implizit, den rechten Glauben zu verleugnen, wenn sie seinem Ansinnen nicht folgten. Auch durch andere unglückliche Äußerungen überschattete er den Abschluss des Gesprächsprozesses. Seine wiederholte Betonung des „Weltdienstes“ der Laien klang doch

sehr nach der Forderung, die Laien sollten sich gefälligst aus den innerkirchlichen Fragen der Lehre und des Amtes in der Kirche heraushalten, weil sie das nichts angehe. Das empörte viele Teilnehmende. Sie meinten, dass man mit einer solchen Einstellung hinter das Kirchenverständnis des Zweiten Vatikanischen Konzil und der Würzburger Synode zurückfalle. Auch vielen der anwesenden Bischöfe waren die Äußerungen ihres Mitbruders sichtlich unangenehm.

Es gibt vielfältige Konfliktlinien innerhalb des deutschen Katholizismus, aber auf dem Würzburger Treffen ist deutlich geworden, dass sich diese auch quer durch die Bischofskonferenz ziehen, auch wenn die Mehrheit alles versucht hat, um diese Meinungsunterschiede nicht noch zu verschärfen. Unserem Eindruck nach zeigte diese Debatte, dass die katholische Kirche noch viel weiter von einer wirklich ehrlichen Konfliktaustragung und der Fähigkeit zu einer dialogischen Auseinandersetzung um Glaubenswahrheiten und moralische Fragen entfernt ist, als das in manchen euphorischer wahrgenommenen Teilen des Prozesses bereits gehofft worden war.

Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass sich im Abschlussbericht auch sehr bemerkenswerte und erfreuliche Aussagen finden. So wird eindeutig betont, dass auch die Kirche strukturelle Reformen brauche, dass eine Kirche ohne Dialog und Partizipation keine Zukunft habe, dass sie die „Gewissenskompetenz der Menschen“ achten müsse und dass das „Gespräch auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens (...) in strukturierter und verbindlicher Form weitergehen“ müsse. An vielen Stellen in diesem Bericht werden die Probleme offen und ehrlich angesprochen und die unterschiedlichen Positionen dazu in fairer Weise dargestellt.

Würdigungen

Menschen, die der Kirche nahe stehen, aber die innerkirchlichen Debatten nicht miterleben (wie schwierig sie oft auch sind), haben heute kaum mehr ein Verständnis dafür, dass man fünf Jahre lang einen solchen Gesprächsprozess veranstaltet, ohne am Ende zu eindeutigeren Ergebnissen zu kommen. Viele Dinge sind in unserer Gesellschaft so selbstverständlich geworden – etwa die Akzeptanz der Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der zivilrechtlichen Ehe, die Akzeptanz von Scheidung und Wiederheirat und vor allem die konsequente Gleichstellung von Frauen und Männern –, dass es ihnen schlichtweg unverständlich bleibt, warum die katholische Kirche hier immer noch eine ganz andere Auffassung vertritt. Mehr und mehr Katholiken

und Katholikinnen sehen offenbar keinen Sinn mehr darin, diese innerkirchlichen Konflikte noch auszufechten, wenn so viel Energie nötig ist, um auch nur kleinste Schrittmchen voranzukommen. Deshalb kann es gut sein, dass der Dialogprozess zu spät gekommen ist und auch dessen Weiterführung nicht mehr zu der neuen Aufbruchsstimmung führt, die sich viele Beteiligte zweifellos erhoffen.

Fortsetzung des Dialogprozesses

Wie viele Probleme ungelöst geblieben sind, machte auch Bischof *Franz-Josef Overbeck* nach den Beratungen deutlich, indem er vom Abschlussbericht als einem „Hausaufgabenheft“ sprach. Er verwies auf eine Aufforderung aus „*Evangelii gaudium*“, mit der auch der Abschlussbericht schließt: „Herausforderungen existieren, um überwunden zu werden. Seien wir realistisch, doch ohne die Heiterkeit, den Wagemut und die hoffnungsvolle Hingabe zu verlieren. Lassen wir uns die missionarische Kraft nicht nehmen!“ (EG 109) Dieses Zitat war interessanterweise erst im zweiten Entwurf des Berichts eingefügt worden. Der erste hatte noch mit einem Zitat von Papst Benedikt XVI. geendet. Das ist nur ein äußeres Signal für die Beobachtung, dass Papst Franziskus seit dem Magdeburger Treffen zunehmend zu einer bedeutsamen Autorität in diesem Prozess geworden ist.

Große Erwartungen richten sich nun auf die in Aussicht gestellte Botschaft der Bischöfe. Darin soll vor allem auch – in ermutigender Weise – auf die Frage nach einer möglichen Weiterführung des Dialogs eingegangen werden. Zu diesem Zweck eine Synode der deutschen Bistümer anzustreben, dazu konnten sich die Bischöfe – und übrigens auch das Zentralkomitee der Katholiken (ZdK) – jedoch nicht entschließen, offenbar vor allem wegen der einer Synode inzwischen auferlegten kirchenrechtlichen Beschränkungen. Wohltuend war, dass die Bischöfe der „Steuerungsgruppe“ des Prozesses, Bischof *Franz-Josef Bode*, Bischof *Franz-Josef Overbeck* und Kardinal *Reinhard Marx*, trotzdem immer wieder betont haben, wie sehr die Kirche Kommunikation unter allen ihren Gliedern und Partizipation aller brauche, um zukunftsfähig zu werden.

Dass das Kreuz der vor 40 Jahren abgeschlossenen Würzburger Synode eigens aus dem Würzburger Dom an den Tagungsort gebracht wurde, hatte in diesem Zusammenhang einen hohen symbolischen Wert. Die Bischöfe formulierten schließlich die Absicht, alle zwei bis drei Jahre zu einem „Konvent“ einzuladen, auf dem in konzentrierter Form einzelne wich-

tige Themen besprochen werden sollen. Darin liegt die Chance, insbesondere strittige Fragen intensiver, auch unter Zuhilfenahme von Experten und Expertinnen und in einem echten argumentativen Diskurs – mit „intellektueller Anstrengung“, wie Marx in seiner Predigt im Abschlussgottesdienst betonte – miteinander zu besprechen sowie möglicherweise Antworten zu finden. In einem solchen Vorgehen könnte sich verwirklichen, was Marx am Ende eine „lernende, und nicht nur lehrende Kirche“ nannte. Die Haltung anderen gegenüber dürfe nicht sein: „Wir haben die Wahrheit, wasch' Dir Deine Ohren“.

„So geht es nicht“, betonte der Münchner Erzbischof. Das entscheidende Problem besteht wohl in dem, was man die „Tragödie des unfehlbaren Wahrheitsanspruchs“ nennen könnte. Die Vorstellung, dass Treue zum Evangelium die Überzeugung einer gänzlich unverändert zu bewahrenden Lehre beinhalte, führt nämlich in ein unausweichliches Dilemma: Will man – dem Evangelium entsprechend – nahe bei den Menschen sein, ihre Nöte ernst nehmen und wirklich etwas zu ihrem Heil beitragen, wird man immer wieder eine neue Sprache finden und in manchen Punkten bestehende Lehrauffassungen korrigieren müssen, wie dies ja in der Kirchengeschichte – in der lebendigen Tradition der Kirche – immer wieder geschehen ist. Dann wird man diesen unfehlbaren Wahrheitsanspruch jedenfalls nicht in der bisherigen Weise aufrechterhalten können. Will man aber umgekehrt an einem solchen Anspruch festhalten, verliert man zwangsläufig den Bezug zur „Welt von heute“, lebt und lehrt an der Situation der Menschen vorbei und kann genau deshalb die zentrale Forderung des Evangeliums gar nicht mehr in einer Zuwendung zum Menschen verkörpern, ganz entgegen der zentralen Aussage von „*Evangelii gaudium*“ über die „absolute Vorrangigkeit des ‚Aus-sich-Herausgehens auf den Mitmenschen zu““ (EG 179).

Distanzierung durch Weiterentwicklung

Auch angesichts des inzwischen offenbar wieder aktiver und aggressiver werdenden konservativen Randes der katholischen Kirche wird es für die kirchliche Autorität langfristig notwendig sein, bestimmte Teile der kirchlichen Lehre nicht nur durch Nicht-Erwähnen dem Vergessen zu überlassen, sondern die Lehre tatsächlich weiterzuentwickeln und in einigen Punkten explizit zu korrigieren – wie das auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil beispielsweise beim Thema Religionsfreiheit tatsächlich auch gelungen ist – ,

Luisa Fischer (geb. 1988) ist wissenschaftliche Assistentin in der Abteilung für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz.

Luisa Fischer und Gerhard Kruij haben gemeinsam jedes der Treffen des Gesprächsprozesses dokumentiert, analysiert und kommentiert. Die entsprechenden Texte finden sich auf <http://www.memorandum-freiheit.de/zum-gespraechsprozess>.

um sich dann auch von diesem rechten Rand distanzieren zu können, der sich ja immer auf unveränderte Tradition und Lehre beruft.

Der weitere Weg der katholischen Kirche in Deutschland wird in der nahen Zukunft nun auch davon abhängen, ob es gelingt, bei der bevorstehenden Römischen Bischofssynode zumindest zu erreichen, dass die einzelnen Bischöfe und Bischofskonferenzen mehr Spielraum bekommen, um wenigstens pastoral angemessene Lösungen für die Probleme ausprobieren zu können. Spannend wird sicher der für nächstes Jahr ins Auge gefasste Besuch des Papstes in Deutschland. Wird er auch für die deutsche katholische Kirche neue Akzente setzen? Schließlich kommt es

im Reformationsgedenkjahr 2017 darauf an, Fortschritte in der Ökumene zu machen. Wenn sich bei diesen drei Gelegenheiten wieder nichts bewegt, werden sicherlich sehr viele enttäuschte Katholiken und Katholikinnen ihr Engagement für eine Reform der Kirche aufgeben.

Aufgrund der aktuellen und bedrängenden Flüchtlingsproblematik kam aus der Versammlung heraus der drängende Wunsch, auch zu dieser Thematik, in der die Teilnehmenden eine gemeinsame Aufgabe der staatlichen Organe, der ganzen bürgerschaftlichen Gesellschaft und auch der Kirche sehen, Stellung zu beziehen. Diese Botschaft, die sehr schnell und pragmatisch erstellt und in großer Einmütigkeit verabschiedet wurde, wendet sich entschieden gegen

„Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge“ und fordert, „gerade Politikerinnen und Politiker sollten in ihren Reden eine große Umsicht an den Tag legen, um nicht unwillentlich Vorbehalte und Ressentiments in Teilen der Gesellschaft Vorschub zu leisten“.

Diese Erklärung ist das deutliche Signal, dass die Beschäftigung mit innerkirchlichen Themen nicht davon ablenkt, sich mit aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen zu befassen. Vielmehr schafft die Verbesserung der innerkirchlichen Kommunikations- und Diskurskultur auch bessere Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Engagement. Auch dies zeigt: Weltdienst und kirchliche Erneuerung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. ■